

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2, — Mk. bei Vorbestellung 1,90 Mk. zuzüglich Verschleiß. Abbestellung 10 Tage vorher. Die Kopienhalter, Kollaboranten und sonstigen Mitarbeiter werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Abbestellung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Zeile 20 Hg., die 6-spaltige Zeile bei amtlichen Bekanntmachungen 40 Hg. Die 4-spaltige Zeile bei sonstigen Bekanntmachungen 20 Hg. Die 2-spaltige Zeile bei sonstigen Bekanntmachungen 10 Hg. Die 1-spaltige Zeile bei sonstigen Bekanntmachungen 5 Hg. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten nicht verantwortlich, wenn der Betrag durch die Redaktion eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kenntnis gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 54 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 4. März 1932

Die goldene Kandare.

Ladieu Donaubund.

In ein paar Wochen fährt sich zum ersten Male der Tag, an dem die Welt von dem deutsch-österreichischen Vorvertrag über eine zukünftige Zollunion überrascht wurde. Selbst in unserer schnelllebenden Zeit, in der sich fast täglich etwas von großer Wichtigkeit und meist katastrophaler Art ereignet und ereignet, ist das für Österreich und Deutschland so schmerzvolle Nachspiel jener Aktion doch noch nicht ganz vergessen und wir werden heute daran mit besonderer Deutlichkeit durch die Verhandlungen erinnert, die zwischen der Pariser und der Prager Regierung wegen Gewährung einer französischen Anteilbeihilfe an die Tschechoslowakei nach monatelanger Dauer zum Abschluß geführt haben. Und wenn man Deutschland und Österreich vor einem Jahr nicht glauben wollte, daß die Vereinbarungen zwischen Berlin und Wien nur wirtschafts- und sozialpolitische Gründe und Ziele besaßen, nicht aber die politischen des Willens zum Zusammenschluß, so kann man französischer- und tschechischerseits auch nicht verlangen, daß wir Deutschen glauben sollen, die Prager Regierung habe diese Anteilbeihilfe von 100 Millionen Mark um der schönen Augen des Staatspräsidenten Masaryk willen erbalten. Es wird so in Paris und Genf, in Prag und — Wien laut genug von diesem „Austakt zur Schaffung einer Donaukonföderation“ geredet und Lardieu hat zwar in Genf darüber mit den Vertretern aller in Betracht kommenden Staaten gesprochen, hat auch vor der französischen Kammer erklärt, auf die Unterstützung Englands und Italiens „rechnen“ zu können, hat auch den österreichischen und ungarischen Delegierten in Genf klar zu machen versucht, daß für diese Staaten der Abschluß eines Zollabkommens mit der Kleinen Entente auf Grund von Präferenzabmachungen überaus vorteilhaft sei — nur eine ebenso offizielle Vernachlässigung der deutschen Delegation bzw. des deutschen Vorkämpfers hat Lardieu sorgfältig verniedert. Und das stimmt nur folgerichtig zum ganzen Ziel einer solchen Donaukonföderation politischer oder „nur“ wirtschaftspolitischer Art: Deutschlands Ausschluß.

Paris hat die Vorkämpfer zwischen Warschau, bzw. Prag und Bukarest, schon sehr fest an der goldene Kandare, so daß diese „Herde im Stalle Frankreichs“ keinen politischen Schritt tun ohne den Willen ihres französischen Reiters. Seit Jahren sind aber auch Ungarn und namentlich Österreich der finanziellen Macht Frankreichs hörig geworden, worüber man sich zu allererst in Berlin noch irgendwelchen Illusionen hingab. Die vor kurzem unter geradezu grotesken Umständen erfolgte Ausbootung des „Großdeutschen“ österreichischen Außenministers Dr. Schober sprach deutlich genug. Außerdem ist der Gedanke der Donaukonföderation schon seit langem ein politisches Ziel des bekannten Führers der heute in der Wiener Regierung noch allein maßgebenden Christlichsozialen Partei, Dr. Seipel. Daß Ungarn, dieser Agrarstaat im mittleren Donauboden, mit schwersten finanziellen Nöten kämpft und daher bei Frankreich größere Kredite aufnehmen mußte, ist angesichts der geradezu katastrophalen Preisentwicklung für die Agrarprodukte im Südosten Europas auch weiter keine Überraschung gewesen. Nur wird man künstlich innerhalb Ungarns die dort zu einem System gemachten öffentlichen Proteste gegen die Zerstückelung dieses Landes durch die „Sieger“ des Weltkrieges stark eindämmen müssen, um die anderen „Donaukonföderierten“ und Kupfner jenes Diktors nicht zu verlegen.

Und da kommen wir auch schon zu dem wirtschaftspolitischen Unsinn dieses französischen Planes der Donaukonföderation. Denn abgesehen von der Tschechoslowakei sind alle diese Staaten längs der Donau Getreideüberschussländer, deren Massen von Agrarprodukten ihren natürlichen Abfluß nur nach Deutschland haben; denn z. B. Frankreich denkt gar nicht daran, seine Grenzen dem, übrigens auch kostspieligen Antransport des osteuropäischen Weizens usw. zu öffnen. Lardieu, bisher französischer Landwirtschaftsminister, läßt das zuallererst. Daß man diese Staaten andererseits dem französischen Warenexport besser und weiter öffnen will mit Hilfe der bisher gewährten Kredite und etwa noch zu gewählender Anleihen, nimmt sich nur theoretisch „zielvoll“ aus; in der Praxis aber kann jeder dieser Staaten seine Schulden nur durch Exporte von Agrarprodukten bezahlen, — und Deutschland, das übrigens ein Zollabkommen auf der Grundlage von Präferenzvereinbarungen bereits vor einiger Zeit mit Ungarn und mit Rumänien abgeschlossen hat, ist weder auf die Zufuhr von Agrarprodukten aus den Donaufaaten angewiesen noch auf das Petroleum aus Rumänien. Das alles können wir, soweit wir es benötigen, sehr viel billiger und bequemer z. B. aus Rußland beziehen. Die lurchbare Agrarnot im europäischen Südosten hat ja gerade das russische „Weizendumping“ mit zur Ursache und sie hat auch infolge enorm gesunkener Aufnahmefähigkeit und Kaufkraft seiner agrarischen Bevölkerung seit Jahresfrist zu einem starken Rückgang des deutschen Warenexports nach dort hin geführt.

Der Plan einer Donaukonföderation wirtschaftspolitischer Art spukt seit zehn Jahren herum; er ist seitdem nicht vernünftiger geworden!

Der Kanonenschuß im Fernen Osten

Der Völkerbund tagt.

Schanghai und Serajewo.

Die von der chinesischen Regierung auf Grund des Artikels 15 des Völkerbundesvertrages einberufene außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes, die zweite in der Geschichte des Bundes, ist in Genf unter starker Teilnahme des Publikums in dem gleichen Saale, in dem noch vor kurzem sich die Hauptausprache der Abrüstungskonferenz abgepielt hat, durch den amtierenden Präsidenten des Völkerbundes, Paul-Honcour, eröffnet worden. Alle 52 Mitgliedstaaten des Völkerbundes sind vertreten, Deutschland und durch den Gesandten von Weizsäcker.

Paul-Honcour wies einleitend darauf hin, daß die erste außerordentliche Vollversammlung im Jahre 1926 stattfand, um eine große europäische Macht, Deutschland, in den Völkerbund aufzunehmen.

Seitdem habe diese Macht dem Völkerbundrat und der Völkerbundversammlung ihre wertvolle Mitarbeit gewährt auf der Grundlage der Bestimmungen des Völkerbundesvertrages, der heute allein maßgebend sei für die Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten.

Unter tragischen Umständen

trete die zweite außerordentliche Vollversammlung zusammen. Zum ersten Male habe sich der Völkerbund mit einem großen, fernliegenden und außerordentlich schwierigen Streit zu befassen, der sich in unmittelbarer Nähe einer großen, dem Völkerbund nicht angehörenden Macht (Rußland) abspiele und nicht ohne die Mitwirkung einer anderen großen Macht, der Vereinigten Staaten, gelöst werden könne.

Es sei unmöglich, heute den Ernst der Lage und die Tragik der Ereignisse mißzuverstehen. Der Kanonenschuß im Fernen Osten drohe den gleichen Umsturz herbeizuführen, wie der Aufschlag in Serajewo.

Die Vollversammlung wählte mit 45 von 47 Stimmen den belgischen Außenminister Symans zum Präsidenten. Symans war bereits Präsident der ersten Völkerbundversammlung im Jahre 1920.

Japan stellt die Feindseligkeiten ein.

Die japanische Abordnung gab in Genf kurz vor dem Zusammentritt der außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes bekannt, daß nach aus Schanghai eingetroffenen Telegrammen das japanische Truppenkommando die Feindseligkeiten eingestellt habe. Die japanischen Truppen würden in den eingenommenen Stellungen verbleiben, jedoch den Kampf nur dann wieder aufnehmen, wenn von chinesischer Seite ein Angriff erfolge.

Auch aus Schanghai wird gemeldet, daß dort der japanische Generalstabschef mitteilt, daß das Ziel der militärischen Maßnahmen, die Sicherung des Lebens- und Eigentums der Japaner, erreicht sei und deshalb das Vorgehen eingestellt werde.

Die Japaner haben die Front Liuhö (25 Kilometer nordwestlich von Wusung am Yangtse) — Tazang — Niezan — Tschenu (bisheriges chinesisches Hauptquartier) besetzt.

Wahrscheinlich werden der Völkerbund und seine Freunde dieses „Nachgeben“ Japans auf das Konto ihrer Bemühungen setzen. Viel wahrscheinlicher aber ist es, daß es Japan gelungen ist, den Zusammentritt des Völkerbundes so lange hinauszuziehen, bis es in Schanghai fest im Sattel saß. Nachdem nach dem letzten Sturmangriff die japanische Flagge über den Trümmern von Tschapei und über den Wusungjoris weht, hat es die Trümmer in der Hand und kann sich getroßt vom Schlachtfeld an den grünen Tisch begeben, fest davon überzeugt, daß die Federn der Diplomaten ihm nicht das verderben können, was ihm das Schwert eingebracht hat.



Symans, Vorsitzender der Völkerbundversammlung.

China lehnt Japans Bedingungen ab.

Vor Wiederaufnahme der Feindseligkeiten.

Der chinesische Gesandte Yen machte in der Nachmittagsitzung der Vollversammlung des Völkerbundes zu Beginn seiner großen Anlagerede gegen Japan die Mitteilung, daß die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Japan und China abgebrochen seien, da die japanische Regierung Bedingungen gestellt hätte, wie sie ein Siegerstaat einem besiegten Staate aufzuerlegen pflege. Diese Bedingungen seien für China untragbar. Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten stünde bevor.

Japans Waffenstillstandsbedingungen.

Der chinesische Gesandte Yen übermittelte dem Generalsekretär des Völkerbundes die telegraphisch eingetroffenen Waffenstillstandsbedingungen Japans. Sie enthalten folgende Punkte:

1. Falls die chinesische Regierung die Zurückziehung ihrer Truppen auf eine von den japanischen und chinesischen Behörden noch festzusetzende Entfernung von Schanghai verbürgt, wird die japanische Regierung die Feindseligkeiten auf die Dauer eines durch die Behörden der beiden Regierungen noch festzusetzenden Zeitabschnittes aussetzen.

2. Während des Waffenstillstandes findet in Schanghai eine Rundtischkonferenz zwischen Japan und China statt, an der Vertreter der interessierten Großmächte teilnehmen, um zu einem Abkommen über die Methode der Zurückziehung der japanischen und chinesischen Truppen zu gelangen. Ferner wird über Maßnahmen zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung in Schanghai, im internationalen und französischen Konzeptionsgebiet zu verhandeln sein.

3. Die Zurückziehung der Truppen beginnt mit der Zurückziehung der chinesischen Truppen einschließlich der Freischärler bis zu einer gewissen Entfernung. Die japanischen Truppen werden sich dann, sobald die Zurückziehung der chinesischen Truppen festgelegt ist, in die Zonen von Schanghai und Wusung zurückziehen.

Schwere chinesische Anklagen gegen Japan.

In seiner Anlagerede richtete Gesandter Yen die schwersten Vorwürfe gegen die japanische Regierung, der er die gesamte Verantwortung für die Ereignisse im Fernen Osten zuschob.

Die Haltung Japans in den letzten Monaten sei eine ununterbrochene Herausforderung des Völkerbundes. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß der Völkerbundpakt, insbesondere die im Artikel 10 erwähnten gegenseitigen territorialen Garantien, von Japan verletzt seien. Japan habe den Kellogg-Pakt und den Neunmächtevertrag gebrochen. In dem Augenblick, wo die Vollversammlung des Völkerbundes zusammentritt, sind Gebiete von der Größe Deutschlands und Frankreichs zusammen mit Waffengewalt besetzt, sind ungeschützte Städte bombardiert, sind 7000 Zivilpersonen den Bombenangriffen zum Opfer gefallen. Japan hat alle Verpflichtungen, die es in den letzten Monaten dem Völkerbund und der amerikanischen Regierung gemacht hat, gebrochen. Alle Vermittlungsvorschläge blieben erfolglos.

Die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes beschloß, den gesamten Komplex der Streitfragen zwischen China und Japan einem neugebildeten Ausschuß zu überweisen, dem sämtliche auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Mächte angehören.

Der Ausschuß tritt am Freitag nachmittags zu seiner ersten Beratung zusammen und stimmt in seiner Zusammensetzung völlig mit der Vollversammlung überein.

Japans Front gegen Rußland.

Japan verhandelt mit den Weißgardisten.

In Chargin fanden vor dem Verwaltungsgebäude der Ostbahn sowie feindliche Kundgebungen statt. Die Teilnehmer bestanden in erster Linie aus russischen Emigranten, sogenannten Weißgardisten. Wie verlautet, hat das japanische Konsulat in Chargin mit einer Abordnung der weißgardistischen Emigranten Verhandlungen abgehalten. Zu Ehren der weißgardistischen Offiziere wurde im japanischen Offiziersklub ein feierlicher Empfang veranstaltet. Zur Einholung einer von auswärts eingetroffenen weißgardistischen Gruppe wurde eine Abteilung japanischer Kavallerie entsandt.

Frankeits neues „Hinterland“.

Donaukonföderationsplan ohne Deutschland.

Über die Verhandlungen, die Lardieu in den letzten Tagen mit den Vertretern der Kleinen Entente, Österreich und Ungarn über eine engere wirtschaftliche Verbindung der Donaufaaten geführt hat, wird jetzt bekannt, daß be-